

ÖSTERREICHISCHE VERWALTUNGS WISSENSCHAFTLICHE BLÄTTER

Zeitschrift für Verwaltungswissenschaften – Ausgabe 02/2013

Herausgeber: Dr. Manfred Matzka – Dr. Theodor Thanner – Dr. Mathias Vogl – Mag. Gregor Wenda, MBA

Sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Verwaltungswissenschaft hat die Chance, neue Phänomene des Staates rascher und umfassender aufzugreifen, als dies ein isoliert rechtswissenschaftlicher Ansatz kann: Dieser ist naturgemäß auf die Erlassung oder zumindest auf eine vorliegende Entwurfsformulierung von Normen angewiesen, die selbst erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auf Herausforderungen reagieren, während sich verwaltungswissenschaftliche Arbeiten schon frühzeitig auf Trends in der Realität, auf beginnende Entwicklungen, auf empirisch feststellbare Probleme und auf fundierte Prognosen beziehen können.

Ganz in diesem Sinn hat heuer die Frühjahrstagung das Thema „Public Corporate Governance“ aufgegriffen. Die beiden hervorragenden Referate von Dr. Kickingner und Dr. Herbst – um deren Publikation wir uns bemühen – bezogen sich zwar auf den von der Bundesregierung verabschiedeten Kodex, die Behandlung des Themas ging aber weit darüber hinaus. Es wurde sowohl in den Präsentationen als auch in der Diskussion klar, dass hier ein verbindlicher Standard für staatliche Verwaltungen im Allgemeinen und für Ausgliederungen im Besonderen entsteht, der nicht nur feste Rechtsregeln umfasst. Diese werden vielmehr ergänzt durch gestaltbare, an Zielen orientierte Vorgaben mit (nur) intern-privatrechtlicher Verbindlichkeit, durch „comply or explain“-Vorgaben, durch ein dynamisches System, in dem sich das besondere Gesellschaftsrecht staatlicher Einrichtungen weiterentwickelt. Der große Zuspruch und das positive Echo auf die Veranstaltung zeigen, dass solche Erscheinungen auf großes Interesse stoßen.

Genau in diese Richtung zielt daher auch das Generalthema der Herbsttagung ab,



Dr. Manfred Matzka

die voraussichtlich am 5./6. September in St. Pölten stattfinden wird: Öffentlichkeit und Transparenz (in Staat und Verwaltung) sind Anforderungen, die in aller Munde sind. Gesetzesinitiativen in unserem Land, Regeln auf europäischer Ebene, Erwartungen der Wirtschaft, der Medien und der Bürger bewegen sich in diesem Feld und ein grundsätzlicher Paradigmenwechsel steht möglicherweise vor uns. Eine interessante wissenschaftliche Diskussion sollte also zu erwarten sein.

*Dr. Manfred Matzka
Präsident der ÖVG*



FRÜHJAHRSTAGUNG 2013

Public Corporate Governance Kodex: Neues Verwalten für öffentliche Unternehmen?

Von Dr. Markus Vašek

Am späten Nachmittag des 9. April 2013 fand im Veranstaltungszentrum des Verfassungsgerichtshofes die Frühjahrstagung der Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Gesellschaft statt. Im Mittelpunkt der beiden Vorträge stand der „Public Corporate Governance Kodex“, der Grundsätze der Unternehmens- und Beteiligungsführung im Bereich des Bundes festlegt.

Nach einleitenden Worten von ÖVG-Präsident SC Dr. Manfred Matzka eröffnete der Präsident des Verfassungsgerichtshofes, SC i.R. Univ.-Prof. Dr. Gerhart Holzinger, die Tagung. Nach einer Einführung in die Thematik plädierte Holzinger für die Erstellung eines „Public Corporate Governance Kodex“ auch in den Ländern und Gemeinden.



Der neue Standort des Verfassungsgerichtshofes als Ort der Frühjahrstagung



Eröffnung der Frühjahrstagung durch den Präsidenten des VfGH, SC i.R. Dr. Gerhart Holzinger

Im ersten Vortrag stellte die Gründerin und Geschäftsführerin der INARA GmbH – Initiative Aufsichtsräte Austria, Dr. Viktoria Kicking, zunächst den Gesetzgebungsprozess in der Europäischen Union dar. Die Vortragende verwies auf die verschiedenen, im Bereich „Corporate Governance“ ergangenen Grünbücher, um sich schließlich dem am 12. Dezember 2012 vorgelegten „Aktionsplan Europäisches Gesellschaftsrecht und Corporate Governance“ zu widmen. Kicking legte zunächst mit dem monistischen und dem dualistischen Verwaltungsratssystem die beiden grundlegenden Strukturen dar, zwischen denen es auch zu Konflikten kommen könne. Im Rahmen der „accounting directive“ des Aktionsplanes werde besonders die Trennung von Prüfung und Beratung hervorgehoben. Unter dem Stichwort „diversity“ legte die Vortragende ihr Augenmerk auf die Rolle der Frauen in der Zusammensetzung von Aufsichtsräten. Die Stellung von Aufsichtsräten wurde auch unter den Aspekten der Persönlichkeit, der Qualifikation sowie der bezahlten Gehälter ausführlich behandelt. Kicking erläuterte weiters, dass den sog „proxy advisers“ (Stimmrechtsberater) in Zukunft eine noch größere Rolle zukommen werde. Kritisch sieht die Vortragende die Qualität der Corporate Governance-Berichte börsennotierter Unternehmen. Zuletzt wies Kicking die Aufsichtsräte noch auf die Probleme des „cyber-crime“ und der Wirtschaftskriminalität hin, die in Zukunft noch bedeutender würden.



Der anschließende Vortrag von Dr. Christoph Herbst, Rechtsanwalt und Richter am Verfassungsgerichtshof, widmete sich insbesondere dem „Corporate Governance Kodex“ des Bundes. Einleitend erläuterte der Vortragende die Hintergründe der bestehenden Regelungen, die sich hauptsächlich aus den Turbulenzen an den Börsen sowie aus diversen Skandalen vor etwa einem Jahrzehnt erklären ließen. Als genereller Trend wird die Entwicklung von der Selbstregulierung zur Regulierung erblickt, der sich auch in der Abwendung von C-Regeln („comply or explain“) hin zu L-Regeln („legal“) zeige. Hinsichtlich des Geltungsbereiches des „Corporate Governance Kodex“ erblickt der Vortragende zum Teil einen indirekten „Zwang“ zur Unterwerfung.



SC Dr. Manfred Matzka, Dr. Viktoria Kickinger (INARA GmbH), Mitglied des VfGH Dr. Christoph Herbst

Auf Grund der unterschiedlichen staatlichen Aufgaben durch ausgelagerte Rechtsträger sowie der unterschiedlichen Rollen des Staates (Gesetzgeber, Regulator, Eigentümer etc) würden sich schwierige Situationen sowie Interessenkollisionen ergeben.

Als Konsequenz arbeitete der Vortragende unterschiedliche Anforderungen der „Corporate Governance“ im privaten und öffentlichen Sektor heraus. Anschließend analysierte Herbst das Verhältnis von staatlichen Rechtsnormen zum „Public Corporate Governance Kodex“ des Bundes und stellte fest, dass vieles bereits gesetzlich geregelt sei. Nach einem Überblick über den Inhalt des Regelwerkes nahm der Vortragende noch zur Frage eines „Public Corporate Governance Kodex“ der Länder und Gemeinden Stellung und betonte, dass ein solcher für kleinere Gemeinden jedenfalls nicht zweckmäßig sei.

Im Anschluss an die beiden Vorträge folgte eine angeregte Diskussion, in der nochmals die wichtigsten Aspekte des Themas rekapituliert und vertieft wurden. Einen Schwerpunkt bildete dabei die Frage, inwiefern öffentlich Bedienstete in Aufsichtsräten öffentlicher Unternehmen den Weisungen ihrer Dienstvorgesetzten unterworfen sind.

Die sehr gut besuchte Frühjahrsstagung klang bei einem anregenden Empfang im Dachgeschoß des Verfassungsgerichtshofes aus.



Blick ins Auditorium der überaus gut besuchten Frühjahrsstagung

Digitale Verwaltung – Fluch oder Segen?

Am 23. Jänner 2013 fand das 93. Themenforum des Führungsforums Innovative Verwaltung im Festsaal des Innenministeriums in Wien statt. Die Begrüßung erfolgte durch

SC Dr. Mathias Vogl, den Leiter der Rechtssektion des Bundesministeriums für Inneres. Die Veranstaltung wurde von Prof. Dr. Arthur Winter, Donauuniversität Krems, Department



für Governance und Public Administration, moderiert. Das Podium setzte sich aus hochrangigen Vertretern der Verwaltung – des Bundes wie SC Hermann Feiner (Bundesministerium für Inneres), SC Dr. Manfred Matzka (Bundeskanzleramt) und SC Dr. Gerhard Popp (Bundesministerium für Finanzen) und der Länder (durch Mag. Antonia Licka, Oberösterreichische Landesregierung) – sowie einem Vertreter der österreichischen Wirtschaft, dem GD-Stv. Mag. Thomas Zach (Staatsdruckerei), zusammen.

Durch die voranschreitende Verwaltungsstandardisierung auch zwischen Bund und Ländern gewinnt das E-Government zusehends an Bedeutung. Die angebotenen Services der Verwaltung wie das RIS, help.gv.at und FinanzOnline sind aus der Verwaltungspraxis nicht mehr wegzudenken. Die fortschreitende Digitalisierung der Verwaltung wird in der Folge auch zu strukturellen Veränderungen führen. Die Verwaltungsorganisation in Österreich wird sich ändern und mit dem Ausbau der zentralen, rechtsverbindlichen Register, wie dem Zentralen Personenstandsregister, wird auch die örtliche Zuständigkeit in manchen Bereichen nicht mehr erforderlich sein. So kann heute etwa ein Pass bei jeder Passbehörde in Österreich beantragt und ausgestellt werden. Im Bereich der Polizei, wo heutzutage Informationstechnologie ein Arbeitsbestandteil ist, wird kostensparend, flexibel und vor allem sicherheitsspezifisch vorgegangen. Es wird derzeit an der Integrierten Fremdenrechtsapplikation und am Zentralen Personenregister gearbeitet. Bei den international vernetzten Informationsverbänden sind das Schengener Informationssystem, das European Criminal Information System und das Visainformationssystem zu erwähnen.

Die digitale Verwaltung agiert dank Internet, E-Mails und leistungskräftiger Back-Office-Systeme schneller. Der Bürger erwartet, dass die Verfügbarkeit der Leistungen permanent gegeben sein sollte und trotz der elektronischen Angebote der Kontakt zu ihm nicht verloren geht. Im Bereich der Cybersecurity wird die Resilience (Belastbarkeit der Systeme) durch Angriffe von außen wie auch innere Störfaktoren ausgetestet.

Der Wunsch nach einer noch besseren Zusammenarbeit von Bund und Ländern

besteht weiterhin. Gemeinsam ins Leben gerufene Projekte sollten auch im Betrieb für die Gründungspartner keine Kosten aufwerfen. Neben all den Sparplänen sollten aber auch Investitionspläne nicht vernachlässigt werden, zumal die gewonnenen Einsparungen nicht direkt in die IT-Budgets fließen. In der täglichen Arbeit wären ein österreichweites Adressbuch aller Behörden und ein einheitliches Content-Management-System hilfreich. Bei solchen großen Lösungen zur Standardisierung bedarf es einer Gesprächs- und Vertrauensbasis, welche in Österreich zumeist gegeben ist. Im EDV-Bereich spielen die Interessen der Hersteller eine sehr große Rolle. Durch eine Standardisierung würden für viele Unternehmen Geschäftsfelder wegbrechen.

Bei all den technischen Verbesserungen sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass auch die Anwender mit den Programmen gut arbeiten können. So soll die Standardisierung und Zentralisierung nicht Selbstzweck sein. Den Dialog mit den Beteiligten zu suchen ist zielführend. Dies zeigt die erfolgreiche Abwicklung bei der Reisepassausstellung nicht zuletzt auf Grund eines modernen Passrechts. Innerhalb von fünf Tagen wird der antragstellenden Person nach einmaligem Behördenkontakt der Reisepass zugeschickt.

Durch die gelungene Einbindung der Mitarbeiter ist das Dienstleistungsniveau höher als bei privaten Unternehmen, welche das Leistungsniveau oft vom Auftraggeber definiert bekommen. Derzeit wächst auch die Akzeptanz gegenüber einer elektronischen Aktenführung.

Dass der richtige Weg schon beschritten ist, zeigt beispielsweise der Innovationspreis für die Transparenzdatenbank und die Verbesserung bei der Steuereinhebung. Einen weiteren möglichen Reformschritt stellt die Erstellung einer „Prozessdatenbank“ nach deutschem Vorbild dar. Auf dem Weg Österreichs, das Singapur Europas im IT-Bereich zu werden, sollte nicht vergessen werden, dass die Technik den Menschen dienen, diese aber nicht von der Verwaltung durch neue Barrieren ausschließen soll.

Dr. Helgo Eberwein



Rezension

Thomas Prorok/Bernhard Krabina (Hrsg), Offene Stadt: Wie BürgerInnenbeteiligung, BürgerInnenservice und soziale Medien Politik und Verwaltung verändern, 2012, 420 Seiten, 44,80 Euro, ISBN 9783708308777

Eine „Offene Stadt“ wird im Kriegsrecht als eine Stadt bezeichnet, die nicht verteidigt wird und daher nicht angegriffen oder bombardiert werden darf. Von dieser Bedeutung weicht das vorliegende Werk ab und prägt den Begriff „Offene Stadt“ neu: So zeichnet sich die „Offene Stadt“ nunmehr durch ein aktives Miteinander von Stadt-Verantwortlichen und Zivilgesellschaft aus. Dabei baut sie auf langjährigen Erfahrungen und hohen Standards im Bürgerservice auf. Autoren aus Praxis und Wissenschaft stellen in 35 – mit Grafiken und Webseitenauszügen angereicherten – Textbeiträgen die zentralen Aspekte der Offenen Stadt vor. Die aktive Nutzung sozialer Medien hat sich in letzter Zeit zum Katalysator für Bürgerbeteiligung und Bürgerservice entwickelt.

Das vorliegende Werk zeigt Österreichs Städte als moderne Dienstleistungsbetriebe, die gemeinsam mit ihren Bürgern planen und entscheiden. Dies bringt die Herausforderung mit sich, auf dem aktuellen Stand der Technik zu sein und auch die Möglichkeiten der Social Media zu nutzen. Auch darf eine Stadt nicht für sich betrachtet werden, sondern muss immer im Zusammenhang mit der umliegenden Region und den gesetzlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gesehen werden. Zudem sollte nicht vergessen werden, dass eine große Anzahl der Bürger auch reale Ansprechpersonen haben möchte und Bürgerbeteiligung nicht als Ersatz für fehlende Infrastruktur, wie fehlende Müllabfuhr oder Parkplätze, dienen darf. Einen Online-Zwang für Behördenwege einzuführen ist nicht im Sinne aller Beteiligten, dies zeigt selbst die Reaktion auf einen Online-Zwang in eine vor kurzem veröffentlichten Computersimulation, deren Ziel es ist, eine Stadt aufzubauen. Als besonders gut gelungen zeigt sich die seit 1997 etablierte Webseite help.gv.at, deren Nutzen dem von 225 Amtsschaltern gleichzusetzen ist.

Dr. Helgo Eberwein

Aktivitäten des Instituts für Kommunalwissenschaften (IKW) im Jahr 2012

Die Kommunalen Sommerstudien fanden vom 1. bis 3. August 2012 statt. Das Seminar war bestens und hochkarätig besucht. Teilgenommen haben nicht nur erfahrene Bedienstete, sondern auch die Bürgermeister von Wiener Neustadt und von Ansfelden Bernhard Müller und Manfred Baumberger sowie der Direktor der Kommunalakademie Niederösterreich Harald Bachhofer.

In der IKW-Schriftenreihe sind in letzter Zeit die Bände Nr. 120 bis 124 erschienen. Die Bände Nr. 120 – „Öffentliche Wirtschaftslehre“ und Nr. 121 – „Daseinsvorsorge durch Re-Kommunalisierung“ wurden am 11. Juni 2012 durch ao. Univ.-Prof. Dr. Rainer Bartel und Univ.-Doz. Prof. Dr. Friedrich Klug im Veranstaltungssaal der Kommunalkredit Austria AG im Beisein von Vorstandsvorsitzenden Mag. Alois Steinbichler, Daniel Kosak vom Österreichischen Gemeindebund und Generalsekretär Dr. Thomas Weninger vom Österreichischen Städtebund vorgestellt.

Der Band Nr. 122 – „In Memoriam Univ.-Prof. Kurt W. Rothschild“ wurde am 15. November 2011 auf Einladung von Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Gouverneur der Österreichischen Nationalbank, durch den Hausherrn, durch den Autor Mag. Hans Bürger und den Schriftleiter Univ.-Doz. Prof. Dr. Friedrich Klug präsentiert.

Der Band 123 – „100 Jahre Linzer Lokalbahn“ wurde am 1. Mai 2012 im Linz-Zelt im Rahmen einer 100-Jahr-Feier vorgestellt. Ansprachen hielten Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl und Bürgermeister Franz Dobusch.

Der IKW-Band 124 – „Wahrung und Stärkung der Gemeindeautonomie“ wurde am 26. September 2012 im Gartenhotel Altmannsdorf in Wien präsentiert. Die Eröffnung nahm die Präsidentin des Nationalrates Frau Mag. Barbara Prammer vor. Statements gaben Frau Dr. Margit Schratzenstaller, Bürgermeister Bernhard Müller BA MPA und der Schriftleiter Univ.-Doz. Prof. Dr. Friedrich Klug ab.

Kontakt: ikw@ikw.linz.at und www.ikw.co.at



Neuer ÖVG-Vorstand

Bei der Generalversammlung in den Räumlichkeiten des VfGH am 9. April 2013 wurde der neue Vorstand der Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Gesellschaft für eine dreijährige Funktionsperiode gewählt. In weiten Teilen weist der Vorstand personelle Kontinuität auf, neue Vorstandsmitglieder sind der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes, Univ.-Prof. Dr. Clemens Jabloner, Univ.-Doz. Dr. Peter Bußjäger vom Institut für Föderalismus und Parlamentsdirektor Dr. Harald Dossi.



Ein Teil des neu gewählten ÖVG-Vorstands: Theo Öhlinger, Vizepräsident Ludwig Adamovich, Wilhelm Gloss, Präsident Manfred Matzka, Alfred Mayer, Christa Achleitner, Kassier Franz Nistelberger, Eduard Pesendorfer, Generalsekretär Gregor Wenda, Walter Barfuß, Ulrich Zellenberg, Vizepräsidentin Barbara Leitl-Staudinger, Vizepräsident Mathias Vogl, Peter Bußjäger (v. l. n. r.)

Der gesamte ÖVG-Vorstand stellt sich wie folgt dar:

Präsident:
SC Dr. Manfred MATZKA, Bundeskanzleramt
Vizepräsidenten:
Univ.-Prof. Dr. Ludwig ADAMOVICH,
Präsident des Verfassungsgerichtshofes a.D.;
Univ.-Prof. M.MMag. Dr. Barbara LEITL-
STAUDINGER, Universität Linz;
SC Dr. Mathias VOGL, Bundesministerium
für Inneres

Generalsekretär:

Mag. Gregor WENDA, MBA,
Bundesministerium für Inneres
Kassier:

Dr. Franz NISTELBERGER, Rechtsanwalt

Weitere Vorstandsmitglieder:

Dr. Christa ACHLEITNER, Bundeskanzleramt;
GD i.R. Univ.-Prof. DDr. Walter BARFUSS,
Österreichisches Normungsinstitut;
Univ.-Doz. Dr. Peter BUSSJÄGER, Institut
für Föderalismus;
Dr. Harald DOSSI, Parlamentsdirektor,
Parlament;
Univ.-Prof. Dr. Harald EBERHARD,
Wirtschaftsuniversität Wien;
Dr. Wilhelm GLOSS, Gewerkschaft
Öffentlicher Dienst;
SC i.R. Univ.-Prof. Dr. Gerhart HOLZINGER,
Präsident des Verfassungsgerichtshofes;
Univ.-Prof. Dr. Clemens JABLONER,
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes;
Mag. Johann MAIER, Arbeiterkammer
Salzburg;
SC i.R. Dr. Alfred MAYER, Rechtsschutz-
beauftragter im BMLVS;
em.o.Univ.-Prof. Dr. Theo ÖHLINGER,
Universität Wien;
LAD Dr. Eduard PESENDORFER, Amt der
oberösterreichischen Landesregierung;
MR Dr. Michael SACHS, Vorsitzender des
Bundesvergabeamtes;
em.o.Univ.-Prof. Dkfm. Dr. Reinbert
SCHAUER, Johannes Kepler Universität
Linz;
Mag. Ingrid SCHÖBERL, Industriellen-
vereinigung;
o.Univ.-Prof. Dr. Franz STREHL, Johannes
Kepler Universität Linz;
LAD Dr. Robert TAUBER, Amt der
burgenländischen Landesregierung;
GD Dr. Theodor THANNER, Generaldirektor
für Wettbewerb;
Dr. Ulrich E. ZELLENBERG, Wirtschafts-
kammer Österreich.



Neues aus dem IIAS



GD Dr. Theodor
Thanner

Das „Council of Administration“ des Internationalen Verwaltungswissenschaftlichen Institutes (IIAS) tagte von 28. Februar bis 1. März 2013 in Brüssel. Das österreichische Mitglied dieses „Verwaltungsrates“, Dr. Theodor Thanner, nahm an der Sitzung teil,

in deren Rahmen der belgische Professor Dr. Geert Bouckaert, Chairperson des IIAS Programme and Research Advisory Committee (PRAC), einhellig als nächster Präsident des IIAS designiert wurde. Bouckaert soll Prof. Dr. Pan Suk Kim aus Korea nachfolgen, der in den vergangenen drei Jahren an der Spitze des Internationalen Institutes stand. Die Wahl wird im Zuge der kommenden Generalversammlung des IIAS im Juni 2013 in Bahrain stattfinden. Als neuer Chefredakteur der Schriftenreihe „IRAS“ (International Review of Administrative Sciences) wurde Prof. Andrew Massey, University Exeter, und Vizepräsident der EGPA, designiert. IIAS-Generaldirektor Rolet Loretan gab bekannt, dass dem IIAS bei den Vereinten Nationen ein Konsultativstatus als NGO eingeräumt worden sei.

Veranstungshinweis

MED EGPA | 7–9 October 2013, Marseille, France

The Sixth Euro-Mediterranean Dialogue of Public Management

Cultures for change, changes through Culture

http://www.iias-iisa.org/egpa/e/joint-ventures/special_partnerships/MED/Pages/default.aspx

Nähere Informationen zu weiteren Veranstaltungen finden sich im Internet unter

<http://www.iias-iisa.org/e/service/calendar/Pages/default.aspx>.



Österreichische
Verwaltungswissenschaftliche Gesellschaft
p.A. Bundesministerium für Inneres
Rechtssektion
A-1014 Wien, Herrengasse 7
Telefon: 01 – 53126 – 2220
<http://www.oevg.info>
E-Mail: oevg@gmx.at



Werden Sie Mitglied der Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Gesellschaft – ÖVG.
Der Mitgliedsbeitrag beträgt 21 Euro pro Jahr.



Beitrittserklärung:

Ich erkläre meinen Beitritt zur Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Gesellschaft – ÖVG

Name/Funktion: _____

Adresse: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____

Bitte senden Sie die Beitrittserklärung entweder mit E-Mail an oevg@gmx.at oder an Monika Lang, p.A.
Bundesministerium für Inneres, Herrengasse 7, 1014 Wien.



Impressum:

Die Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Blätter (ÖVwBl) sind ein Informationsmedium der Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Gesellschaft (ÖVG) für ihre Mitglieder – ZVR: 164880580

Im Sinne der Meinungsvielfalt stellt das .SIAK-Journal diese Seiten der ÖVG zur Formulierung ihrer Standpunkte zur Verfügung. Der Inhalt dieser Seiten muss sich daher nicht unbedingt mit den Ansichten der Redaktion des .SIAK-Journals decken.

Chefredakteur: Univ.-Prof. Dr. Harald Eberhard, E-Mail: harald.eberhard@wu.ac.at

Redaktion: Dr. Theodor Thanner, E-Mail: oevg@gmx.at

FOTOS: Bundeswettbewerbsbehörde, HBF, Wenda, Eberwein